

Interpellation FDP-Fraktion:**«Liberales Klima- und Energiepolitik: Cargo sous terrain als Chance für eine nachhaltige Verkehrspolitik**

Auch in den kommenden Jahren wird die Schweiz eine positive wirtschaftliche Entwicklung erleben. Dabei ist die Mobilität ein wesentlicher Motor der Volkswirtschaft. Allerdings ergeben sich daraus auch Engpässe auf Strasse und Schiene sowie mögliche Nachteile für die Umwelt und die Lebensqualität der Bevölkerung. Nach Schätzungen des Bundesamtes für Strassen (ASTRA) sowie des Bundesamtes für Raumentwicklung (ARE) wird der Transport von Gütern in der Schweiz von 2010 bis 2040 um bis zu 37 Prozent zunehmen. Die heutigen Verkehrswege können diese Wachstumsrate alleine nicht auffangen.

Eine mögliche Chance für diese Herausforderung ist Cargo sous terrain (CST). Dies ist ein nachhaltiges, automatisiertes Gesamtlogistiksystem, welches einen flexiblen, unterirdischen Transport von Gütern erlaubt. Die grundsätzliche Machbarkeit von CST, in technischer und wirtschaftlicher Hinsicht, hat eine 2016 abgeschlossene Machbarkeitsstudie des Fördervereins Cargo sous terrain (heute: Cargo sous terrain AG) bestätigt. Es orientiert sich unmittelbar an den Bedürfnissen der Marktakteure, sprich der Produzenten, Händler und Logistikdienstleister. Durch die Verlagerung eines Teils des Güterverkehrs unter den Boden könnten grosse Mehrwerte für die Erreichung der Emissionsziele geschaffen und gleichzeitig die heutige Verkehrsinfrastruktur nachhaltig entlastet werden.

Bis im Jahr 2030 ist geplant, den ersten Streckenabschnitt zwischen Härkingen und Niederbipp in Betrieb zu nehmen. Ein gesamtschweizerischer Ausbau ist vorgesehen. In der Ostschweiz würde dies die Standorte Gossau (Oberdorf) und St.Gallen betreffen.

Der Bundesrat hat das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) an seiner Sitzung vom 28. September 2018 daher beauftragt, bis Ende 2018 ein Bundesgesetz über unterirdische Gütertransportanlagen zu erarbeiten. Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 3. April 2019 die Vernehmlassung zu einem Bundesgesetz über den unterirdischen Gütertransport eröffnet. Es bezweckt, die rechtlichen Grundlagen für die Errichtung und den Betrieb solcher Anlagen zu schaffen. Die Vernehmlassung soll zudem zeigen, ob CST seitens der politischen und wirtschaftlichen Akteure die nötige Unterstützung hat. Aufgrund der Rückmeldungen aus der Vernehmlassung wird der Bundesrat entscheiden, ob er das Projekt CST und die Schaffung einer Gesetzesgrundlage weiter unterstützt.

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Chancen sieht die Regierung in Zusammenhang mit CST in Bezug auf die Aspekte Innovation, Güterverkehr, Mobilität, CO₂-Reduktion, wirtschaftliche Entwicklung, Entwicklung der Infrastruktur und Lärmschutz?
2. Wird das Projekt CST in die mittel- bis langfristige Planung des Kantons betreffend die oben erwähnten Aspekte miteinbezogen?
3. Ist die Regierung bereit, sich in der Vernehmlassung des Bundesrates positiv und zustimmend zu äussern?
4. Ist die Regierung bereit, die Realisierung des Projekts in Zusammenarbeit mit Bund und Nachbarkantonen für die Ostschweiz voranzutreiben?
5. Hat der Kanton mit potenziell betroffenen Akteuren der öffentlichen Ebene (Gemeinden St.Gallen und Gossau sowie weitere Akteure) sowie weiteren privaten Akteuren (z.B. Unternehmen in Gossau-Oberdorf) das Projekt bereits erörtert?

6. Werden im kantonalen Richtplan als strategisches Führungsinstrument der Regierung Überlegungen angestellt und langfristige Standorte für CST räumlich gesichert? Wenn ja, bis wann?
7. Für die Auslieferung von Gütern an die jeweiligen Bestimmungsorte sind sogenannten Citylogistik-System vorgesehen. Hat die Regierung in diesem Zusammenhang das Gespräch mit den grösseren St.Galler Städten gesucht?»

23. April 2019

FDP-Fraktion